

BayVBI. 15/2012

Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

PUBLICUS 

Der Online-Spiegel für das Öffentliche Recht

Kostenlos anmelden unter
www.publicus-boorberg.de

Herausgeber

Rolf Hüffer, Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs a. D.

Dr. Markus Möstl, Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Bayreuth

Dr. h. c. Heino Schöbel, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz a. D. – ehemals Leiter des Landesjustizprüfungsamts

Volkhard Spilarewicz, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Redaktion

Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg

Aus dem Inhalt

- 449 **Merk** Die Neufassung des Art. 4 des Bayerischen Aufnahmegesetzes
- 452 **Meyer** Rückwirkung im (Luft-)Sicherheitsrecht
- 459 **BVerfG** Deutscher Bundestag; haushaltspolitische Gesamtverantwortung; Sondergremium
- 468 **BayVG** Geschäftsführung ohne Auftrag im öffentlichen Recht; Abgrenzung Unterhaltungsmaßnahme – Ausbau im Wasserrecht
- 474 **BVerwG** Luftverkehr; Zuverlässigkeitsüberprüfung; Altlizenzinhaber; Rückwirkung
- 480 **BGH** Schulunfall; Personenschaden
- 482 **BayVerfGH** Rechtsanwaltskanzlei; Durchsuchung; Handakten; Beschlagnahme

BayVBI

15/2012
Bayerische Verwaltungsblätter
■ Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de

Inhalt

Abhandlungen

Merk, Die Neufassung des Art. 4 des Bayerischen Aufnahmegesetzes — **449**

Meyer, Rückwirkung im (Luft-)Sicherheitsrecht — **452**

Ausbildung und Prüfung

Döner-Sperrzeit (Sachverhalt) (*Schmidt am Busch/Janze*) — **483**

Literatur

Stolleis (Hrsg.), Herzkammern der Republik – Die Deutschen und das Bundesverfassungsgericht (*Scholler*) — **484**

Notizen

U. a. Nachrichten, Rechtsprechung im Überblick, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **II, III, IV**

Rechtsprechung

BVerfG	U. v. 28. 2. 2012	2 BvE 8/11	Rechtsstellung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages; repräsentative Demokratie; haushaltspolitische Gesamtverantwortung; europäischer Stabilisierungsmechanismus; beschließender Ausschuss; Sondergremium — 459
			Anmerkung <i>Ketterer/Van Roosebeke</i> — 466
BayVG	U. v. 30. 8. 2011	8 B 11.172	Geschäftsführung ohne Auftrag im öffentlichen Recht; öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch; Begriff des Straßenbaulastträgers; Abgrenzung Unterhaltungsmaßnahme – Ausbau im Wasserrecht — 468
	B. v. 12. 3. 2012	1 CS 12.282	Photovoltaikanlage auf Halle im Außenbereich; Solarscheune; Duldungsanordnung gegen obligatorisch Berechtigten; wirksame Beseitigungsanordnung; Ermessenserwägungen; Sofortvollzug — 470
	U. v. 18. 11. 2011	6 B 10.2081	Erschließungsbeitragsrecht; Vorausleistung; erfolgreicher Anfechtungswiderspruch; Bindungswirkung eines bestandskräftigen Widerspruchsbescheids; Zweitbescheid — 471
	B. v. 8. 2. 2012	7 BV 11.2480	Erste Juristische Staatsprüfung; Unanfechtbarkeit des Prüfungsbescheids; Nachprüfungsverfahren — 473
BVerwG	U. v. 14. 4. 2011	3 C 20.10	Gefahr für die Sicherheit des Luftverkehrs; luftsicherheitsrechtliche Überprüfung; Zuverlässigkeitsüberprüfung; Gesetz zur Neuregelung von Luftsicherheitsaufgaben; Altlizenzinhaber; Rückwirkung — 474
	U. v. 13. 12. 2011	5 C 9.11	Vertriebenenrechtlicher Aufnahmebescheid; rechtskräftige Ablehnung; Rechtskraft; Durchbrechen der Rechtskraftbindung; Wiederaufgreifen des Verfahrens; Änderung der Rechtslage; höchststrichterliche Rechtsprechung — 478
BGH	U. v. 8. 3. 2012	III ZR 191/11	Schulunfall; Personenschaden; vorsätzliche Herbeiführung; Haftungsbeschränkung — 480

Wissenswertes für den Rechtsanwalt

BayVerfGH E. v. 26. 1. 2011 **Vf. 129-VI-09** Rechtsanwaltskanzlei; Durchsuchung; Handakten; Beschlagnahme; Ermittlungsverfahren; Parteiverrat; Willkürverbot — **482**

NOTIZEN

NACHRICHTEN

Staatsregierung: Antrag auf Zustimmung zum Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag (Erster GlüÄndStV). Von einer vollständigen Neuregelung wird abgesehen, weil an den Zielen der Glücksspielregulierung und den wichtigsten Instrumenten zu ihrer Durchsetzung grundsätzlich festgehalten werden soll. Die Kernziele werden jedoch aufgrund der Ergebnisse einer internationalen Evaluation des Glücksspielwesens und vor dem Hintergrund der Rechtsprechung und der europäischen Entwicklung neu akzentuiert. Hierzu ist eine Glücksspielregulierung mit differenzierten Maßnahmen für die einzelnen Glücksspielformen erforderlich, um deren spezifischen Sucht-, Betrugs-, Manipulations- und Kriminalitätspotentialen Rechnung zu tragen. Der Staatsvertrag unterscheidet dabei zwischen Lotterien, Sportwetten, Pferdewetten, Casinospielen und gewerblichem Automatenspiel. Insbesondere im Bereich der Sportwetten wird als Reaktion auf den umfangreichen Schwarzmarkt in einer Experimentierklausel für sieben Jahre das bisherige Veranstaltungsmonopol durch ein Konzessionsmodell abgelöst. *LT-Drs. 16/11995 v. 26. 3. 2012*

Staatsregierung: Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Ausföhrung des Glücksspielstaatsvertrages und anderer Rechtsvorschriften. Die Vorschriften des AGGlüStV und des SpielBG sollen inhaltlich und redaktionell an den Ersten GlüÄndStV angepasst werden. Die Neuregelungen bei den Spielhallen beinhalten die Ausgestaltung der im GlüStV enthaltenen Anforderungen für Spielhallen (das Prüfprogramm für die glücksspielrechtliche Erlaubnis für die Errichtung und den Betrieb von Spielhallen [§ 24 Abs. 1 GlüStV] wird bestimmt. Hierbei wird ein Mindestabstand gesetzlich festgeschrieben [250 m Luftlinie]; des Weiteren wird zur Spielsuchtprävention eine Mindestsperrzeit von drei Stunden festgesetzt [§ 26 Abs. 2 GlüStV], die durch Verordnung der Gemeinden unter der Voraussetzung des Vorliegens eines öffentlichen Bedürfnisses oder besonderer örtlicher Verhältnisse verlängert werden kann). Für bestehende Spielhallen ist eine Härtefallklausel vorgesehen. *LT-Drs. 16/12192 v. 17. 4. 2012*

Staatsregierung: Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes (BayLerzGG). Nach BVerfG B. v. 7. 2. 2012, 1 BvL 14/07, ist die Regelung, nach der Nicht-EU-Bürger von der Gewährung des Landeserziehungsgeldes ausgeschlossen sind, wegen Verstoßes gegen Art. 3 Abs. 1 GG verfassungswidrig (der BayVerfGH hatte in seiner E. v. 19. 7. 2007, Vf. 6-V-06, keinen Verstoß gegen den Gleichheitssatz in Art. 118 Abs. 1 BV erblickt). Daher wird die Anspruchsberechtigung ausländischer Eltern entsprechend dem Bundesrecht (§ 1 Abs. 7 BEEG) neu geregelt, ohne dass an das Merkmal der Staatsangehörigkeit angeknüpft wird. *LT-Drs. 16/12316 v. 25. 4. 2012*

Staatsregierung: Gesetzentwurf zur Änderung des Unschädlichkeitszeugnisgesetzes (UnschZG). Die für die Erteilung von Unschädlichkeitszeugnissen zuständigen Amtsgerichte vertreten unterschiedliche Auffassungen, ob bei Veräußerungsvorgängen im Zusammenhang mit Wohnungs- und Teileigentum ein einziges Verfahren vorliegt oder ob ein Unschädlichkeitszeugnis für jede Wohnungs- und Teileigentumseinheit gesondert auszustellen ist. Durch eine ausdrückliche Regelung im UnschZG soll eine einheitliche Praxis dahingehend geschaffen werden, dass in Wohnungs- und Teileigentumsfällen ebenso wie bei einfachem Bruchteilseigentum die Unschädlichkeit in einem einzigen Verfahren festgestellt wird. *LT-Drs. 16/12191 v. 17. 4. 2012*

Baden-Württemberg: Ministerrat beschließt Landesverfassungsbeschwerde. Die Landesregierung hat den Gesetzentwurf zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde beschlossen. Eckpunkte der Verfassungsbeschwerde sind u. a.: [1.] Beschwerdegegenstand können Akte der Landesstaatsgewalt sein. Dazu gehören Gesetze, Exekutivakte und Gerichtsentscheidungen, sofern nicht Bundesgerichte entschieden haben oder letztinstanzlich zuständig sind. [2.] Die Zulässigkeit setzt Rechts-

wegerschöpfung voraus. [3.] Bf. haben die Wahlmöglichkeit, ob sie eine Verfassungsbeschwerde beim BVerfG oder beim StGH in Baden-Württemberg erheben (das entspricht den Regelungen in Berlin, Brandenburg und Hessen). [4.] Die allgemein anerkannten Beschwerdefristen des BVerfGG gelten auch für die Landesverfassungsbeschwerde. [5.] Es gibt keinen Anwaltszwang. [6.] Das Verfahren ist in der Regel gebührenfrei. Erscheint die Verfassungsbeschwerde nach einer ersten Prüfung jedoch unzulässig oder offensichtlich unbegründet, kann der StGH vorab für die weitere Bearbeitung eine Gebühr i. H. v. bis zu 2 000 EUR verlangen. *Justizministerium Baden-Württemberg, PM v. 17. 4. 2012*

BLICK AUF EUROPA

EuGH: Zuständigkeitsfragen im Rahmen der Dublin II-Verordnung geklärt. Der EuGH hat entschieden (U. v. 3. 5. 2012, Rs. C-620/10), dass die Rücknahme eines einzigen Asylantrags durch den Asylbewerber, bevor der nach der Dublin II-Verordnung zuständige Mitgliedstaat der Aufnahme des Antragstellers zugestimmt hat, die Unanwendbarkeit der Verordnung bewirkt. Die aufgrund dieser Rücknahme gebotenen Entscheidungen zu treffen obliegt somit dem Mitgliedstaat, in dem der Antrag gestellt wurde. Der EuGH wick damit von den Schlussanträgen der Generalanwältin ab. *Europabericht Nr. 9/2012 der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU v. 11. 5. 2012*

EuGH: Zur Höhe der Gebühren bei Aufenthaltstiteln. Der EuGH hat entschieden (U. v. 26. 4. 2012, Rs. C-508/10), dass ein Mitgliedstaat von langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen und deren Familienangehörigen keine überhöhten und unverhältnismäßigen Gebühren für die Erteilung von Aufenthaltstiteln verlangen darf. Die Höhe dieser Gebühren darf weder bezwecken noch bewirken, dass ein Hindernis für die Erlangung der durch die Richtlinie betreffend die Rechtstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (2003/109/EG) verliehenen Rechte geschaffen wird. *Europabericht Nr. 9/2012 der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU v. 11. 5. 2012*

EuGH: Anspruch auf finanzielle Vergütung für aus Krankheitsgründen nicht genommenen Jahresurlaub. Der EuGH hat entschieden (U. v. 3. 5. 2012, Rs. C-337/10), dass ein Beamter bei Eintritt in den Ruhestand Anspruch auf eine finanzielle Vergütung hat, wenn er aus Krankheitsgründen keinen Dienst geleistet hat und seinen bezahlten Jahresurlaub nicht in Anspruch nehmen konnte. Der EuGH beschränkt den Anspruch auf die finanzielle Vergütung auf den bezahlten Mindestjahresurlaub von vier Wochen, der dem Beamten nach der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (RL 2003/88/EG) zusteht. Zugrunde lag die Klage eines Feuerwehrmannes aus Hessen, der in den letzten Jahren vor seiner Pensionierung krankheitsbedingt seinen Jahresurlaub nicht nehmen konnte. *Europabericht Nr. 9/2012 der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU v. 11. 5. 2012*

Kommission: Mitteilung zur Reform des EU-Beihilfenrechts veröffentlicht. Bis Ende 2013 soll ein ganzes Paket an legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen umgesetzt werden, das vor allem drei Ziele verfolgt: Zum einen soll die Beihilfekontrolle stärker an den Zielen der Strategie Europa 2020 ausgerichtet werden (inhaltliche Überarbeitung der verschiedenen Leitlinien, Gemeinschaftsrahmen und anderer Rechtsinstrumente), zum anderen will sich die Kommission bei der Beihilfeprüfung stärker als bisher auf größere und wichtige Fälle konzentrieren können (Überarbeitung der De-minimis-Verordnung und Erweiterung der Freistellungen von der Notifizierungspflicht), und schließlich möchte sie sich in die Lage versetzen, wichtige Verfahren schneller abzuschließen (Änderung der Verfahrensverordnung u. a. mit dem Ziel, bei der Behandlung von Beschwerden Prioritäten setzen zu können). Die Mitteilung vom 8. 5. 2012 ist unter der Referenz IP/12/458 abrufbar unter <http://europa.eu/rapid/searchAction.do>. *Europabericht Nr. 9/2012 der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU v. 11. 5. 2012*

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Keine Rechtswegerschöpfung bei unterbliebener Anhörungsrüge. Die Unterlassung einer statthaften Anhörungsrüge führt jedenfalls dann zur Unzulässigkeit der Verfassungsbeschwerde insgesamt, wenn die sonstigen Grundrechtsrügen inhaltlich über die erhobene Rüge der Verletzung des rechtlichen Gehörs (Art. 91 Abs. 1 BV) nicht hinausgehen. *E. v. 30. 5. 2012, Vf. 45-VII-11; www.bayern.verfassungsgerichtshof.de*

Bayerische Verwaltungsgerichtsbarkeit

BayVGH: Kommunale Steuern; Übernachtungssteuer; steuerliche Interessen des Staates. [1.] „Steuerliche Interessen des Staates“ im Sinne von Art. 2 Abs. 3 Satz 3 KAG werden beeinträchtigt, wenn der (Bundes- oder Landes-)Gesetzgeber für einen als förderwürdig angesehenen Bereich Steuerbefreiung oder Steuererleichterungen vorgesehen hat und das Einrücken der kommunalen Steuer in diese Steuerlücke dem mit der Steuergesetzgebung unmittelbar verfolgten Ziel objektiv zuwiderläuft. [2.] Eine an den Aufwand des Gastes für entgeltliche Übernachtungen anknüpfende gemeindliche Steuer lässt die mit Art. 5 des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes (G. vom 22. 12. 2009, BGBl I S. 3950) bezweckte steuerliche Entlastung der Beherbergungsunternehmen zumindest teilweise wieder entfallen und beeinträchtigt damit steuerliche Interessen des Staates. *E. v. 22. 3. 2012, 4 BV 11.1909*

BayVGH: Lotterierecht; Fortsetzungsfeststellungsklage. Ein berechtigtes ideelles Interesse an der Feststellung der Rechtswidrigkeit eines erledigten Verwaltungsaktes als Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Fortsetzungsfeststellungsklage nach § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO kann auch im Hinblick auf gewichtige Beschränkungen der unionsrechtlichen Grundfreiheiten bestehen. *E. v. 24. 4. 2012, 10 BV 11.2770*

BayVGH: Vergabe von Studienplätzen. Eine getrennte Schwundberechnung für Voll- und Teilstudienplätze des Studiengangs Medizin ist kapazitätsrechtlich nicht geboten. *E. v. 19. 4. 2012, 7 CE 11.10770 u. a.*

Bundesverfassungsgericht

Verfassungsbeschwerde gegen das BayVersG unzulässig. Gegen die am 1. 10. 2008 in Kraft getretene ursprüngliche Fassung erhoben die Bf. Verfassungsbeschwerde. Ihr gleichzeitig gestellter Antrag, das BayVersG im Wege der eA vorläufig außer Kraft zu setzen, hatte teilweise Erfolg: Der Erste Senat des BVerfG hat mit B. v. 17. 2. 2009 (BVerfGE 122, 342; BayVBl. 2009, 335 m. Anm. Hahnzog/Wächter) mehrere Bußgeldvorschriften des BayVersG einstweilen außer Kraft gesetzt und die Befugnisse für polizeiliche Beobachtungs- und Dokumentationsmaßnahmen im Zusammenhang mit Versammlungen einstweilen modifizierend eingeschränkt. Mit dem am 1. 6. 2010 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung des BayVersG hat der bayerische Gesetzgeber die einstweilen außer Kraft gesetzten Bußgeldvorschriften größtenteils aufgegeben und auch im Übrigen zahlreiche weitere die Versammlungsfreiheit beschränkende Vorschriften teils weitgehend abgeändert. Trotz dieser Änderungen halten die Bf. an ihrer Verfassungsbeschwerde gegen die ursprüngliche Fassung des Gesetzes fest, durch das sie sich insgesamt in ihrer Versammlungsfreiheit und hinsichtlich einzelner Vorschriften in ihrem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt sehen. Darüber hinaus rügen sie, in diesen Grundrechten auch durch einzelne Bestimmungen der geänderten Fassung des BayVersG verletzt zu sein. Die 1. Kammer des Ersten Senats hat die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie unzulässig ist. Der Entscheidung liegen im Wesentlichen folgende Erwägungen zugrunde:

[1.] Soweit sich die Bf. nach wie vor gegen inzwischen geänderte Vorschriften der ursprünglichen Fassung des BayVersG wenden, fehlt es an einem fortbestehenden Rechtsschutzbedürfnis, da nicht ersichtlich ist, inwiefern die Bf. durch die nicht mehr gültigen Vorschriften weiterhin beschwert sind. Soweit sich die Verfassungsbeschwerde gegen die alte Fassung des BayVersG als Ganzes richtet, genügt sie darüber hinaus nicht den Anforderungen, die an die Begründung einer gegen Rechtsnormen gerichteten Verfassungsbeschwerde zu stellen sind. Erforderlich ist hier die exakte Bezeichnung der im Einzelnen angegriffenen Vorschriften. [2.] Die Verfassungsbeschwerde ist auch mit ihrer Rüge gegen die aktuell gültigen Vorschriften des BayVersG unzulässig. Hinsichtlich eines Teils der angegriffenen, seit der Änderung nicht mehr straf- oder bußgeldbewehrten Vorschriften ergibt sich die Unzulässigkeit daraus, dass die Bf. mangels unmittelbarer Betroffenheit nicht beschwerdebefugt sind. Insofern ist es den Bf. vor Erhebung einer Rechtssatzverfassungsbeschwerde grundsätzlich zuzumuten, zunächst einen konkreten Vollzugsakt abzuwarten und sodann um fachgerichtlichen Rechtsschutz nachzusuchen. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der in Art. 9 BayVersG geregelten polizeilichen Befugnisse zur Datenerhebung und zur Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen. Denn anders als in der ursprünglichen Fassung haben jetzt sämtliche Maßnahmen offen und damit für den einzelnen Betroffenen wahrnehmbar zu erfolgen, so dass auch insoweit zunächst um fachgerichtlichen Rechtsschutz nachgesucht werden kann. Im Übrigen genügt die Verfassungsbeschwerde nicht den Begründungsanforderungen. *BVerfG, B. v. 21. 3. 2012, 1 BvR 2492/08; PM Nr. 29/2012 v. 8. 5. 2012*

Bundesverwaltungsgericht

Recht der Gentechnik; Freisetzung, Aussaat. [1.] § 26 Abs. 4 Satz 1 GenTG ermächtigt – als Verbotsnorm – nicht nur zur Untersagung von gesetzwidrigen Handlungen, sondern – als Gebotsnorm – darüber hinaus auch zur Anordnung von Maßnahmen zur Beseitigung verbotswidrig herbeigeführter Zustände. [2.] Der Begriff der Freisetzung nach § 3 Nr. 5 GenTG als gezieltes Ausbringen von gentechnisch veränderten Organismen in die Umwelt setzt lediglich voraus, dass diese Organismen durch eine willentliche Handlung in die Umwelt entlassen worden sind; im Fall der Aussaat ist die Kenntnis der Verunreinigung des Saatguts hierfür nicht erforderlich. *U. v. 29. 2. 2012, 7 C 8.11; www.bverwg.de*

Recht des Öffentlichen Dienstes; Konkurrentenstreit, Abbruch des Stellenbesetzungsverfahrens, Versetzungsbewerber, Kausalität. [1.] Der Dienstherr darf ein Stellenbesetzungsverfahren aus Gründen abbrechen, die mit Art. 33 Abs. 2 GG vereinbar sind. Über den Abbruch müssen alle in das Auswahlverfahren einbezogenen Kandidaten rechtzeitig und unmissverständlich informiert werden; der Abbruch muss in den Akten dokumentiert sein. [2.] Ein Anforderungsprofil zur Konkretisierung der Auswahlkriterien darf nur solche Eignungs-, Befähigungs- und Leistungsmerkmale enthalten, die für den Dienstposten ohne Verstoß gegen Art. 33 Abs. 2 GG gefordert werden dürfen. [3.] Entscheidet sich der Dienstherr dafür, in die Auswahl sowohl Beförderungs- als auch Versetzungsbewerber einzubeziehen, dann hat er die Auswahlentscheidung auch bezüglich der Versetzungsbewerber im Wege der Bestenauslese nach den Vorgaben des Art. 33 Abs. 2 GG zu treffen. [4.] Die hypothetische Kausalität zwischen rechtswidriger Ablehnung der Beförderung und Schaden kann schon dann gegeben sein, wenn ein Erfolg des unterlegenen Kandidaten bei einer Entscheidung nach leistungsbezogenen Auswahlkriterien ernsthaft möglich gewesen wäre (im Anschluss an U. v. 17. 8. 2005, 2 C 37.04, BVerwGE 124, 99 = Buchholz 11 Art. 33 Abs. 2 GG Nr. 32). *U. v. 26. 1. 2012, 2 A 7.09; www.bverwg.de*

Straßen- und Wegerecht; Anbauverbot. Das Anbauverbot für Anlagen der Außenwerbung „längs der Bundesfernstraßen“ (§ 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 9 Abs. 6 Satz 1 FStrG) erfasst auch Standorte gegenüber von Autobahnabfahrten. *U. v. 29. 2. 2012, 9 C 8.11; www.bverwg.de*

VERANSTALTUNGEN

Netze für die Stromversorgung der Zukunft – Anforderungen, Aufgaben und Lösungen vor Ort. Kommunen sind in vielerlei Hinsicht mit Stromnetzen verbunden. Sie sind nicht nur Stromverbraucher und Stromproduzenten, sondern auch Eigentümer lokaler Verteilernetze und können in dieser Funktion wesentlichen Einfluss auf den Netzum- und -ausbau nehmen. Zugleich sind sie als Gebietskörperschaften auch vom Ausbau überregionaler Stromautobahnen betroffen. Aus dieser Situation leiten sich für Kommunen verschiedene Fragestellungen ab: Welche Anforderungen kommen mit dem Ausbau erneuerbarer Energien auf kommunale Verteilernetze zu? Inwieweit können und sollen Kommunen im Zuge der Energiewende die Netzinfrastruktur selbst gestalten? Welche Planungszuständigkeiten bzw. Einflussmöglichkeiten haben betroffene Kommunen? Wie sind Partizipationsprozesse und Kompensationsansprüche ausgestaltet? Diese Fragen sollen auf dem Seminar geklärt werden. **Veranstalter:** Difu (Deutsches Institut für Urbanistik). **Leitung:** Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln und Dipl.-Sozialökonom/Dipl.-Volkswirt Jens Libbe. **Zeit und Ort:** 25. – 26. 10. 2012 in Köln. **Kontakt:** Bettina Leute, Tel. (0 30) 3 90 01-1 48, Fax. (0 30) 3 90 01-2 68, E-Mail: leute@difu.de. Weitere Informationen im **Internet:** www.difu.de/veranstaltungen/.

Beamtenrecht in Hochschulen – Aufbau-seminar. Das Seminar richtet sich an Mitarbeiter/innen mit längerer praktischer Erfahrung im Vollzug des Beamtenrechts an Hochschulen. Vorausgesetzt werden der Besuch des Grundseminars „Beamtenrecht“ oder vergleichbare Kenntnisse. Soweit nicht Bundesrecht unmittelbar anwendbar ist, wird ausschließlich bayerisches Landesrecht geschult. Die Besonderheiten für Lehrpersonal sind nicht Bestandteil des Seminars. Aus dem Inhalt: Das neue Dienst-

recht in Bayern und das BayHPG; Einstellung von Verwaltungspersonal (Erwerb der Qualifikation, Einstellung im höheren als dem Eingangsamt, Stufenfestsetzung, Versorgungslastenteilung bei Dienstherrnwechsel); Einstellung von Professorinnen und Professoren (Erwerb der Qualifikation, Statusrecht, Berufungsverfahren, Freisemester); Werdegang für Beamtinnen/Beamte (Probezeit, Beförderungen, Ausbildungsqualifizierung, modulare Qualifizierung); Lehrerverpflichtungsverordnung; Wiedereingliederung von Beamtinnen und Beamten nach längerer Erkrankung; dienstliche Beurteilungen; Ruhestandsversetzung; Vertiefung ausgewählter Gebiete, z.B. Nebentätigkeitsrecht, Urlaubsrecht, Elternzeit. **Veranstalter:** BVS. **Zeit und Ort:** 24. – 26. 9. 2012 in Lauingen. **Kosten:** 533 EUR (Lehrgangsgebühr, Unterkunft und Verpflegung). **Veranstaltungsnummer:** PS-12-125637. **Kontakt:** Kerstin Degener, Tel. (0 89) 5 40 57-6 84, E-Mail: degener@bvs.de. Weitere Informationen im **Internet:** www.bvs.de > Fortbildung > Seminarsuche.

VORSCHAU

auf in den nächsten Heften
u. a. erscheinende Beiträge

Dr. Ulrich Pflaum, München
Strafverfahren und sachgleiches Disziplinarverfahren

Rainer Hilsberg, Neusäß
Verkehrssicherungspflicht des Straßenbausträgers für Bäume auf benachbarten Grundstücken – eine Abgrenzung

Bayerische Verwaltungsblätter (BayVbl.)

Verantwortlicher Schriftleiter

Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, D-97204 Höchberg; Telefon (09 31) 4 52 06 49, Telefax (09 31) 4 52 09 21, E-Mail: bayvbl@boorberg.de

Sämtliche mit Verfasserangabe versehenen Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht die der Redaktion oder der Herausgeber dar. Die veröffentlichten Lösungsskizzen zu den Prüfungsaufgaben der juristischen Staatsprüfungen stellen die von den Verfassern dieser Aufgaben verfertigten Lösungshinweise dar; die Redaktion übernimmt für ihre inhaltliche Richtigkeit keine Gewähr.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Beiträge werden nur angenommen, wenn sie ausschließlich den „Bayerischen Verwaltungsblättern“ zum Abdruck angeboten sind. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme des Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Übersetzung in andere Sprachen, die Auswertung für Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck von Beiträgen und Gerichtsentscheidungen bleiben vorbehalten; es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Verlages.

Verlag

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG,
Levelingstraße 6a, D-81673 München,
Postfach 80 03 40, D-81603 München;
Telefon (0 89) 43 60 00-20, Telefax (0 89) 4 36 15 64;
www.boorberg.de mail@boorberg.de
verantwortlich für den **Anzeigenteil:** Roland Schulz,
Richard Boorberg Verlag, Scharrstraße 2, D-70563 Stuttgart;
Telefon (07 11) 7 38 50, Telefax (07 11) 7 38 51 00;
www.boorberg.de anzeigen@boorberg.de
Anzeigenpreisliste Nr. 9 vom 1. 1. 2009 ist zurzeit gültig.

Erscheinungsweise am 1. und 15. jeden Monats.

Bezugspreis: jährlich EUR 285,60, für Studenten und Referendare (gegen Nachweis) EUR 213,60 einschließlich Versandkosten, Einzelheft EUR 16,– zuzüglich Versandkosten. Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im Voraus. Bestellungen nehmen Buchhandlungen und Verlag entgegen. Abbestellungen können frühestens zum nächsten Quartalsende gültig werden, wenn sie sechs Wochen vorher dem Verlag vorliegen.

Satz und Druck

C. Maurer, Schubartstraße 21, D-73312 Geislingen/Steige.

Papier Säurefrei und aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff (TCF).
ISSN 0522-5337